



# Tagespiegel

Das Reichskabinett behandelte in einer langen Sitzung den Streit der Bergarbeiter.

Die Kaiserliche Kapferschiefer bauende Aktiengesellschaft hat Schritte unternommen am von der Reichsregierung die Genehmigung zur Stilllegung ihres Betriebs wegen Unrentabilität zu erlangen. Dadurch würden 30000 Arbeiter neben vielen Hunderten von Angestellten drohen.

Bei der belgischen Kautschukfabrik in Namur ist gestern die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Der Berliner Blätter melden, der Arbeitsminister Dr. Braun sei durch die Entwicklung des Auslands im Ruhrgebiet völlig überrascht. Die Lage sei verworren. Eigentliche Verhandlungen mit den großen Arbeiterverbänden seien in Offen noch nicht geführt worden.

Die bisherigen Koalitionsparteien sind bestrebt, eine erweiterte Koalition für die bisherige Regierung im neuen Reichstag zustande zu bringen.

Eine Münchener Korrespondenz berichtet, wie Oberst Scheer bei dem Herrn von Sahr von der bayerischen Regierung nahegelegt worden, sein Rücktrittsgesuch als Regierungspräsident von Oberbayern einzureichen. Das Entlassungsgesuch gegen Sahr, Löffler und Scheer achte keinen Fortgang.

Die Abhaltung des Deutschen Tags in Halle am 10. und 11. Mai mit der Einweihung des Volkedenkmals ist von der preussischen Regierung genehmigt worden.

Nach dem Richter „Matin“ soll die Zusammenkunft Mac Donalds mit Poincaré zwischen dem 16. und 25. Mai stattfinden.

Mac Donald konnte an Poincaré eine Mitteilung über die Verhandlungen bezüglich der Sachverhandlungen übermitteln.

Das rumänische Königspaar ist von Paris in Genf eingetroffen und hat dem Sekretariat des Völkerbundes und dem Internationalen Arbeitsamt einen Besuch abgestattet.

## Politische Wochenchau

Schlaf, die Wahlen sind vorüber. Für ein Volk, das so schwer und nur in ganz außerordentlichen Fällen zur Einigkeit zu bringen ist, wie das deutsche, sind politische Wahlen mit ihrer Trennung und Zerlegung ein Lebel. Das soll keine Entschuldigung sein für die Gleichgültigen und Faulen, die unter allerlei Vorwänden sich ihrer Pflicht entziehen. Sind die Wahlen schon ein Lebel, so sind sie doch ein notwendiges Lebel, das nicht wählbar aus Gleichgültigkeit oder in unvorsichtiger Eile. Denn es ist es bei den Reichstags- und bei den württembergischen Landtagswahlen vom 4. Mai nur 20 vom Hundert gewesen, die sich der Wahlurne fern hielten, ein Ergebnis, mit dem man nach deutschen Verhältnissen wohl noch zufrieden sein kann. Auch die Zahl der ungenützten Stimmen ist wesentlich geringer als 1920. Wie viele allerdings mit dem verurteilten amerikanischen Wahlsystem „daneben“ gewählt haben mögen, ist nicht festzustellen. Das Interesse für die Wahlen und das Verhältnis für ihre demagogische Bedeutung ist also gegenüber früheren Wahlen entschieden gewachsen. Andererseits hat das deutsche Volk durch die Aufstellung von rund 30 Wahlkreisen wieder ein bedauerliches Beispiel politischer Unruhe gegeben. Wenn man von der Idee der unentwegten Unabhängigen Sozialisten abläßt, die im vorigen Reichstag immerhin noch zwei Sitze hatten, diesmal aber mit ihren rund 240 000 Stimmen glatt durchgefallen sind, so sind die übrigen Gruppen und Gruppchen, lauter bürgerliche, gänzlich leer ausgegangen und ihre rund 600 000 Stimmen fast gleichbedeutend, wie wenn ebenso viele Wähler nicht abgestimmt hätten. Wenn diese Tatsache ein Querschnitt ist, so ist es der freilich ungewollte Beweis, daß der Reichstags die Anzeichen für weitere 10 Abgeordnete erpart bleiben. Die gewählten 471 gegen 450 des vorigen Reichstags reichen vollkommen aus.

Das Ergebnis der Wahl entsprach im allgemeinen den Erwartungen, die man auf Grund der Erfahrungen bei den früheren Wahlen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Hamburg und Bayern haben konnte. Mit ihrem starken Anwachsen der kommunistischen Partei war zu rechnen, ebenso mit dem „Auf nach rechts“. Die Kommunisten sind mit 62 Sitzen gegen bisher 15 die stärkste Fraktion des Reichstags geworden und sie erheben demgemäß den Anspruch, im Präsidium des Reichstags auch den dritten Vizepräsidenten vertreten zu sein. Die stärkste Partei wird die Deutschnationalen Volkspartei mit 20 (bisher 66) eigenen und 4 bis einschließlich Abgeordneten des Landtags und der Nationalliberalen Vereinigung sein. Die Deutschsozialistischen haben ihren Besitzstand von 3 auf 12 Sitze vermehrt. Das Zentrum behauptet sich in gewohnter Weise (65 gegen 68) der Verlust von drei Sitzen fällt nicht ins Gewicht. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei ein volles Drittel verloren (44 gegen 66), und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die ungleiche Niederlage dem „Rückzugsgeneral“ Stresemann, wie er im Wahlkampf auch genannt wurde, gelten mag. Auch die Demokraten haben wieder empfindliche Verluste erlitten (28 gegen 39). Den stärksten Rückgang weist die Vereinigte Sozialdemokratie auf (100 gegen 173). Evident ist, daß die ehemaligen Unabhängigen sämtlich gescheitert in das kommunistische Lager abgewandert, was daraus hervorgeht, daß die Vereinigte Sozialdemokratie genau wieder auf dem Stand der ehemaligen Reichssozialdemokratie angelangt ist; ein anderer Teil hat sich den Nationalsozialisten angeschlossen, die sich wieder mit den Deutschsozialisten verbunden.

Was soll nun aber werden? Die Wahlen bedeuten wohl ohne Zweifel eine Stärkung des nationalen Gedankens im Reichstag, aber die stärksten Parlamentarier werden für vergebens ab, aus den neuen Parteigrößen eine tragfähige Mehrheit für die gegenwärtige oder eine noch zu bildende Regierung zusammen zu bringen. Alle Rechenhäuser scheitern daran, daß die bisherige Stärke der Regierung, der Bund der Reichsparteien, so geschwächt worden ist, daß so wohl die Verbindung nach links wie die nach rechts nur eben

nach eine solche Mehrheit von 1 bis 2 Sitzen ergibt. Damit ist schon für gemächlich nichts angefangen, denn jeder keine Zeit kann dabei im parlamentarischen Staat die Regierung über den Haufen werfen. Vollständig ist es unmöglich, die Dinge zustande zu bringen, die zur Annahme und Durchführung des Sachverständigen-Plans von der Pariser Entschädigungskommission verlangt werden. Die Umwandlung der Reichseisenbahnen in eine internationale Aktiengesellschaft und die Ausgabe der Inhaberprioritäten bedingen, weil sie eine Verfassungsänderung bedeuten, eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags. Auch bisher war die Koalition der drei Regierungsparteien Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten eine verhältnismäßig schwache Mehrheit, aber dahinter standen in mehr oder minder wohlwollender Neutralität die 173 Stimmen der Vereinigten Sozialdemokraten, die im Notfall eine Mehrheit bilden konnten. Von dieser Hilfe sind jetzt 73 Stimmen verloren gegangen, zu einer Zweidrittelmehrheit reicht es bei weitem nicht mehr. Zudem ist der Zusammenhalt der Mittelparteien nicht mehr unbedingt fest.

Die Reichsregierung hat beschlossen, vor dem Zusammentreten des Reichstags, etwa am 22. Mai, nicht zurückzutreten. Da nicht der Reichstag, sondern der Reichspräsident den Reichstagsaufruf erteilt und damit mittelbar die Regierung bildet, so steht es der Regierung frei, vom Reichstag eine Stellungnahme zu ihrem Programm zu fordern, um dann entweder durch eine Mißtrauensabstimmung zum Rücktritt gezwungen zu werden oder den Reichstag noch einmal aufzulösen, denn eine Vertrauensabstimmung würde, wie schon dargelegt, auf schwachen Füßen stehen. Daher ist der Rat, der in einigen Blättern ausgesprochen ist, die Regierung solle den Kampf mit dem Reichstag aufnehmen, von fragwürdigem Wert; bei den Abstimmungen über das Eisenbahngesetz usw. würde der Zusammenbruch doch kommen. Eine Reichstagsauflösung auf Grund solcher Abstimmungen würde aber die Regierung nicht wagen können, denn mit der Wahrscheinlichkeit von 10 gegen 1 würde das Wahlkampfwort „Auslieferung der deutschen Eisenbahnen“ noch Hunderttausende von Stimmen den Oppositionsparteien zuführen, denen dann auch der größte Teil der 600 000 Gruppchenstimmen wieder zugute käme.

So bleibt wohl nichts anderes übrig, als daß einmal der Versuch einer wirklich „Großen Koalition“ im Sinne der Volksgemeinschaft gemacht wird. Der Parteihäupter kann doch nicht ins Endlose weiter getrieben werden. Wenn jede Partei etwas nachgibt, so sollte eine Verständigung doch wohl möglich sein. In einer Mahrede in Hamburg und kürzlich wieder gegenüber einem Zeitungsvertreter hat der Führer der Deutschnationalen, Herr G. erklärt, seine Partei sei nicht grundsätzlich gegen den Entschädigungsplan der Sachverständigen, sie mißbillige aber die übertriebene Unterwerfung der Reichsregierung, wie sie die bedingungslose Kapitalisation im passiven Widerstand und die Erziehung der den Franzosen durch den Ruhrkampf entstehenden Kosten mißbillige. Von dieser Seite wäre also die Möglichkeit gegeben, eine Brücke zu bauen. Wie sieht es aber auf der anderen Seite? Die Abstinenz gegen die ganz große Koalition ist besonders hart beim linken Flügel der Demokraten. Sollte oder der ständige Abgang dieser Partei ihr nicht zum Bewußtsein bringen, daß die Wähler anderer Meinung geworden sind? Und sollte die Sozialdemokratie, nachdem sie schon eine „reine Scheidung“ durchgemacht hat, nicht zu der Einsicht zu gelangen sein, daß Klassenkampf und Vaterland zwei höchst unvereinbare Begriffe sind? Bei den Wahlen am 4. Mai sind von rund 28 Millionen Stimmen zwei Drittel auf die „Bürgerlichen“ gefallen, ein Drittel auf die sozialistischen Einheitspartei, und von diesem Drittel wiederum rund drei Fünftel auf die Reichssozialdemokratie und zwei Fünftel auf die Nationalliberalen. Diese Zahlenverhältnisse sollten doch zu denken geben und ein Zusammenarbeiten nicht als ausgeschlossen erscheinen lassen. Wenn man sich bewußt wäre, daß das Parlament nicht der Parteien wegen da ist, und wenn man das nichtgedruckte Wort „Das Vaterland über die Partei“ ernst nähme, so müßte ein Weg zu finden sein.

Je früher die Lage nach außen wird, desto notwendiger ist der Friede im Innern. Überall in der Welt gilt das als selbstverständlich. In Deutschland kommt es umgekehrt zu sein. Draußen vor der Tür wartet der Damesbericht, die Enteignung der Eisenbahnen, die Hypothekendebelung der Industrie usw., und im Ruhrgebiet wird der Generalstreik ausgerufen, in den Grubengebieten von Sachsen und Thüringen ist es nicht mehr weit davon. Es soll entschieden werden, wer zu bestimmen hat, das Grubentopial oder das Bergproletariat, sagte ein Betriebsrat in einer Verlesung in Wottenscheid. Bereits macht sich in der Industrie ein Kohlenmangel bemerkbar, so daß z. B. die Berliner Metallindustrie bereits Feiertage einlegen muß. Die Kohlen werden teurer werden. Soll Deutschland noch einmal erleben, was es im Frühjahr 1921 durchmachen mußte? Die Abgeordneten Moskaus hätten jedenfalls keine Schuld, wenn es nicht dazu käme. Des Stillstehens, das sich die sogenannte russische Handelsvertretung in Berlin leistete, ist wirklich und für eine so nachsichtige Regierung wie diejenige in Berlin ungemächlich harter Tabak. Und dann sind diese Ausländer nach die Gefährlichen, und die Reichsregierung hat sich zu entschuldigen und gut zu machen! Was halb und halb und geistlos ist, obwohl diese letzten Rufen vor einiger Zeit einen Beamten der Reichsbank, der bei der „Handelsvertretung“ mehrere Wechsel einfallender hatte, in überhöhter Weise traktiert haben wie die beiden Postbeamten im Fall Bohenhardt. Der Reichsbankmann wurde verprügelt, kein Heider wurden zerrissen und er dann auf die Straße geworfen. Die Reichsbank teilte den Vorfall dem Berliner Auswärtigen Amt mit und stellte selbst Straf Antrag wegen schwerer Körperverletzung, aber dann wurde die Sache vertuscht. Die Rufen behaupteten, der Beamte habe sie mit einem Revolver bedroht, sie mußten aber zugeben, daß er nur eines Revolvers in der Hand hatte.

In Frankreich haben die Reichstagswahlen ein Echo. Man hatte ein „Kriegsparlament“ erwartet und ist nun ärgerlich, daß man die französischen Wähler nicht mit dem preussischen Bauern grüßeln machen kann. Dennoch und trotz der Warnungen des „Tamps“ ist es, der Wahlen am 11. Mai wegen, nicht an bisigen Ausfällen gegen Deutschland. So schreibt das Pariser „Journal“, nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen sei die einzige praktische Vermitt-

lung des französischen Sieges, die man nicht von Poincaré durchgesetzt erwarten habe, die vollkommenere Berücksichtigung des Werks Bismarcks. Die englischen Blätter meinen nicht unzutreffend, zu dem Ausfall der deutschen Wahlen habe die französische Politik das meiste beigetragen. Man werde Deutschland gegenüber eine vorsichtige Politik einhalten müssen, sonst könnte die Arbeit der Sachverständigen gefährdet werden. Die holländische und neutrale Presse meint, Deutschland habe durch die Wahlen belumpet, daß es auch noch ein Wort mitzusprechen wolle.

Darum handelt es sich in der Tat. Es kann nicht so fortgehen, daß man Deutschland ungefragt Kassen um Kassen ausliefert und ihm bei „Nichterlösung“ Land und Leute wegnimmt und feindliche Garnisonen aufstellt. Deutschland soll sprechen und gehört werden. Nur auf dem Weg gleichberechtigter Verhandlungen kann eine solche und dauernde Verständigung zustande kommen, durch Diktate und Unterwerfung niemals.

## Neue Nachrichten

### Der Personalabbau

Berlin, 9. Mai. In der Denkschrift der Reichsregierung über den Personalabbau wird mitgeteilt: Am 1. Oktober 1923 wurden und er auf dem Antrag des Verbandes der Sachverwaltungen des Reichs (ausschließlich der zur französischen Verwaltung im besetzten Gebiet übergetretenen Beamten) insgesamt 1582 700 Personen (d. h. etwa jede dritte Seele im Reich) beschäftigt. Davon wurden bis 31. März 1924 insgesamt 388 118 Personen oder rund 25 Prozent „abgebaut“.

### Volkseinstellung über die Sachverständigenentscheidungen

Berlin, 9. Mai. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei wird beantragen, über Annahme oder Ablehnung der Sachverständigenentscheidungen einen Volkseinstellung herbeizuführen, da der Kampf zwischen 2 Parteien die erforderliche Klarheit nicht gebracht habe.

Die Sozialdemokratie ist bisher für unbedingte Annahme eingetreten. Die Frage dürfte allerdings nicht auf Ja oder Nein, Annahme oder Ablehnung schlechtweg gestellt werden, sondern auch auf Annahme unter gewissen Voraussetzungen.

### Die russische „Handelsvertretung“ und der Generalstreik

Berlin, 9. Mai. Durch die Verhaftung von mehreren kommunistischen in Rostenburg und Öpsee, die ebenfalls der „Libeta“ angehören, sind Bemühen gefunden worden, daß die Fäden der Hebe zum Generalstreik im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland in der inzwischen geschlossenen Sowjet Handelsvertretung in Berlin zusammenlaufen.

Die Hauptleitung der Betriebsräte des Ruhrgebiets beantragte bei der Berliner Gewerkschaftsversammlung, daß die Gewerkschaften sich mit den Streikenden einig erklären sollen. Die Gewerkschaften wollen streng eine abwartende Haltung einnehmen, da die radikalen Betriebsräte nicht als gewerkschaftliche Vertreter der deutschen Bergarbeiter angesehen seien.

### Der deutsch-russische Zwischenfall

Berlin, 9. Mai. Hier sind aus Rostow zwei Sowjetbeamte zur Untersuchung der Vorgänge in der russischen Handelsbelegschaft angekommen.

### Die Krise im Bergbau.

#### Der Streik im Ruhrgebiet

Essen, 9. Mai. Nach einer Zusammenstellung der Zehnerverbände sind rund 80 Prozent der Bergarbeiter am Donnerstag nicht zur Arbeit erschienen. Die Arbeitswilligen werden soweit als möglich beschäftigt. Der Ruhrbergbau beläuft sich rund 450 000 Bergarbeiter gegenüber 550 000 vor der Ruhrbesetzung. Am Freitag erlief der ganze Bergbau von Hamm bis Duisburg. (Die Bergarbeiter verlangen eine Lohnerhöhung um 15 bis 20 Prozent und Vorkauf der Lebensbedürfnisse unter Tage und der achtstündigen Arbeitstag.)

Das preussische Handelsministerium hat sich zu einer Lohnausbesserung von 15 Prozent im holländischen Kohlenbergbau bereit erklärt, besteht jedoch auf 8 bezugsfähiger Arbeitskräfte. Bergarbeiter, die diese Arbeitszeit verweigern werden strikt entlassen. Angestellte und Beamte verkehrt die Volkswirtschaft.

Bochum, 9. Mai. Hier fand eine Zusammenkunft der Oberbürgermeister des Industriegebiets statt, um die Lage zu erörtern, soweit die Milderung der durch den großen Streik und die Ausperrung erwachsenen außerordentlichen Not der Arbeiterfamilien in Betracht kommt.

#### Betriebsratswahl im Ruhrgebiet

Essen, 9. Mai. Bei den Betriebsratswahlen wurden von der „Union der Bergindustriellen“ (Vereinigung der kommunikativen Syndikalistinnen und Anarchisten) 40 Prozent, vom sozialdemokratischen Verband 30 (bisher 46) Prozent, vom Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter 20 Prozent der Betriebsräte gewählt. Auf die übrigen Vereinigungen entfielen nur wenige Betriebsräte.

Paris, 9. Mai. Das Arbeitsministerium erklärt, der Streik und die Ausperrung der Grubenarbeiter im Ruhrgebiet berühre die französische Industrie nicht, da sie reichlich mit Kohlen und Koks aus dem Ruhrgebiet versehen sei und außerdem große Vorräte an der Grenze bereit stehen. In den unter französischer und belgischer Verwaltung stehenden Gruben werde nicht gestreikt.

## Württemberg.

Stuttgart, 9. Mai. Vom Ralbau. Der Gemeinderat beschloß, eine neue Straße beim Blumorturm nach dem Dichter Casar Pläshien, einem Stuttgarter, zu benennen.

Stuttgart, 9. Mai. Beschlagnahme. Die heutige Nummer 54 der kommunistischen „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung“ ist durch Verstoß des Amtsgerichts Stuttgart wegen Abdruck eines Artikels des Exekutivkomitees der Komm. Internationale beschlagnahmt worden. In dem Artikel wird für den Bürgerkrieg Stimmung gemacht.

Zu den Reichstagswahlen. Innerhalb der holländischen Sozialen Partei hat sich infolge des Berichtes von Brüssel



Degerloch, 8. Mai. Autoverbindung nach Tübingen. Am Samstag abend bis Sonntag abend laufen von nun an zwischen Waldenbuch und Degerloch je zwei Wagen zu den kurzfristigen Zeiten.

Aus dem Lande

Lehrerbildung, 9. Mai. Diebstahl. Eine junge Frau aus Burgall demerte hier beim Verlassen des Bahnhofs, daß ihre Handtasche mit 38 Dollars, 5 Pejos und einigen Kart. sowie den mit Mühe und Kosten erlangten Auswanderungspapieren verschwunden war. Auch eine Halskette und eine Damenuhr befanden sich in der Tasche. Da das Schiff der Frau am 31. Mai abfährt und sie immer noch auf die Befreiung wenigstens der Papiere wartet, ist ihre Ausreise in Frage gestellt.

Waldenbuch, 9. Mai. Vom Schillermuseum. Am Anlaß des 60. Geburtstags von César Glatthorn ist im Schiller-Nationalmuseum eine Gedächtnisausstellung veranstaltet, die eine reiche Anzahl von Bildnissen, Handschriften und besonderen Drucke umfaßt. Diese Ausstellung wird neben der ständigen Ausstellung des Museums, die wiederum mannigfache Bereicherung erfahren hat, den ganzen Sommer hindurch zu sehen sein.

Kleinmünze, 9. Mai. Selbstmord. Die hochgebenden Wasser scheinen eine besondere Anziehungskraft auszuüben. Eine Frau aus G. ludte und fand in der Schwimmbad des Tob. Die Leiche wurde beim Währinger Hof gefunden.

Wengentrost, 10. Deutlich, 9. Mai. Unglück im Stall. Deponom Kiebler löste letzter Tage ein schönes Pferd im Werte von 2500 Mark infolge innerlicher Erkrankung ein.

Unterreichbach, 8. Mai. Beerichtigung. Heute abend bewegte sich ein unablösbarer Reigen durch unsern Ort, galt es doch erst im 31. Lebensjahre stehenden Gustav Schardt mit seinem im Tod vereinten Ehegatten zu Grabe zu geleiten, der am Dienstag nachmittag bei dem Verstorbenen 3 1/2 Jahre alten Kindern, der in einem unbewachten Augenblick in die hochgehende Regels gefallen war, den Hüften zu entziehen, ein tragisches Ende fand. An der Beerichtigung beteiligten sich die freiwillige Feuerwehr, der Friedhofsrat, der Schützengilde und Turnverein je mit 100 Hütten Fahnen und Kranzgebirgung, auch wurden die üblichen drei Salven über das Grab abgegeben, denn der Verstorbene hat den so hart aus dem Leben Abschiedenen hart mitgenommen, trug er doch eine sehr schwere Brundarm (Dungenschuß) davon und konnte wie durch ein Wunder nach der Heilung ausgehört werden. Der schwerbetreffenen Familie mündet sich aufrichtige Teilnahme zu.

Sulg a. N., 9. Mai. Amisverammlung. In der Spang wurde besonders lebhaft Stellung gegen die geplante Aufstellung des Oberamtsbezirks genommen und ein dahingehender Beschluß gefaßt, bei dem Staatsministerium entsprechende Vorstellungen zu erheben und ferner bei dem Landtag zu beantragen, er möge verlangen, daß die maßgebende Behörde betreffend die Zusammenlegung von Oberamtsbezirken aufgehoben werde, weil dem Staat keine Ersparnis erwachse und der Oberamtsbezirk sowie der Mehrzahl der Gemeindeführer eine Bedenksamer unterworfen werde, insofern wirtschaftliche Zusammenhänge mannigfacher Art zerfallen würden.

Waldenbuch, 9. Mai. (Weidmannsheil). Fortwärt Weber von hier brachte gestern abend im Staatswald Bromberg ein Wildschwein zur Strecke. Für unsere Kartoffelfelder wozu kein Nachteil. Das noch junge Tier, ein Kelter, wog 130 Pfund.

Mürtl. Landestheater

Großes Haus. 12. Mai Wilhelm Tell (7.30-10). — 13. D. 34: Eugen Onegin (7-10). — 14. A. 34: Die Jüdin (7 bis 10.15). — 16. Braut von Messina (7.30-10). — 17. Langhübler (7-10.45). — 18. Die Zauberflöte (7-10.30). — 19. W. D. Ham Tell (7.30-10).

Kleines Haus. 13. B. 33: Königin Christine (7.30-10). — 15. Ariadne auf Naxos (7-10). — 16. E. 34: Die neuerwachten Frauen (7.30-10). — 17. Charles Lantz (7.30 bis 10). — 18. Pension Schöller (7.30-9.30). — 19. Langabend (7.30-9.30).

Aus Stadt und Land.

Regeld, den 10. Mai 1924.

Stille und Kraft

Jetzt, wo Deutschland stund und stund im Fieberwahn liegt, von allen Seiten mit Zerkümmern bedroht ist — jetzt ist die Stunde der stillen Deutschen gekommen, der, die, ohne es zu wissen oder zu wollen, nicht anders sein können als deutsch, die bereit sind, in duftender Treue mit ihrem Vaterland durch die und duna zu gehen, der frommen Deutschen, die gar nicht wissen, daß es fremde Götter gibt, die von den Sterblichen angebetet werden, der Armen im Geiste, die wunschlos zufrieden mit ihren kleinen Lebensfreuden spielen, deren Willen nur darin besteht, daß jeder Sterbliche kein Kreuz durch Freud und Leid des Lebens tragen muß, die in ihrer Gedulgsamkeit stillstehn sein können, weil sie die wahre Heimat der Seele in ahnungsloser Schuld sitzen und erkennen. Hans Tschoma.

Unsere Heimatbelage

Mai ist's und Frühling ist's, die Wanderer nehmen den Wanderstab zur Hand und den Radock auf den Nackel und ziehen hinaus in die schönen Gefilde, Berge und Täler unserer Heimat. So gilt unsere Heimat immer einem der schönsten Punkte der schwedischen Bild, ihrer Perle — Uppsala. Auch heute ist unsern landwirtschaftlichen, besonders auch noch unsere geistlichen Eigenart, die ehemals bedeutsame Hauptstadt des Landes Waldenbuch im Ort, findet es keine Wahrung. Da zu bringt die Nummer etwas vom Schäferlein, dem alten Jungherr der Schäfer, die auf der Noachre — und Münsinger ist ehemals eine große Rolle spielen, zum Teil auch heute noch. Außerdem enthält die Nummer ein Bild aus dem mit großem Erfolg aufgenommener Festspiel für das 200-jährige Jubiläum des Schäferleins. Was die Schäferzähne den Jungen zu erzählen weiß.

Das Holzstöcken. Die Weibstume enthält in allen ihren Teilen ein ziemlich starkes Gift. Es ist daher zu vermeiden, die Blumen zwischen den Lippen zu tragen oder gar an den Hals zu fassen. Die unheimliche Wirkung kann die Ursache eines bösen Heils werden. Höhe, in denen die Kägel herumfliehet, sind auch nicht der Ort, wo verweilte Weibstume hingehören. Es ist schon öfters beobachtet worden, daß Mäher infolge Genusses von Weibstumen zugrunde gegangen sind. Aus demselben Grunde sollen Kleider zu gewaschen und Goldregen so gewaschen werden, daß sie durch Abgabe oder Ränder nicht zu erreichen sind; denn durch diese Pflanzen sind schon sie und da Viehvieh veranlaßt worden.

Bersammlung. Morgen nachmittag um 4 Uhr findet im Traubenlaale eine ordentliche Generalversammlung des Spar- und Realunterstützungsgesellschaft statt. Eine große Anzahl Fragen sollen besprochen werden, insbesondere dürfte der Punkt 2 der Tagesordnung: „Beschlussefassung über Aufwertung der Gesellschaft und Hausanteile, sowie der Sparlagen“ allgemeine Interesse beanspruchen.

Die Erhöhung der Polizeibehörden der Reichspolizei wird darin bestehen, daß die 1919 eingeführte Besatzung für Baden bis 3 Kg. (30 Bja. wie bei den sogenannten Wäldern) vergrößert und die Gebiete, in der zweiten und dritten Zone (75 bis 175 bzw. über 175 km) für Baden von 7 Kg. und darüber erhöht werden. Der neue Tarif für die dritte Zone beginnt mit 80 Wja. und endet mit jedem Kilogramm um 10 Wja. Die neue Regelung soll eine jährliche Mehreinnahme von 16 Millionen Goldmark einbringen.

In Württemberg besteht man die höchste Miete. Die Befreiung der Mieter durch Mietminderungen, Mietminderungen und deren Erhebung ist zwar durch Reichsgesetze festgelegt, wird sich aber in den einzelnen Ländern in sehr verschiedener Höhe aus. Rechnet man alles zusammen, so werden lt. „Voll. Jg.“ die höchsten Miete und Sonderklauseln von bebauten Grundstücken nach der dritten Steuerunterordnung und dem Stand vom April in Württemberg erhoben. Sie betragen dort nicht weniger als 64,5 Prozent der Friedensmiete. In weiterer Folge kommt Hessen mit 56 Prozent, an dritter Stelle mit 55 Prozent, dann das lutherische Bayern 55 Prozent, das rechtsrheinische Oberrhein und Elbe 50 Prozent, Preußen 47-54 Prozent, Bremen und Hamburg 45 Prozent, Baden 35 Prozent, Württemberg 30 Prozent und Linz 25 Prozent und Linz 25 Prozent und am wenigsten Braunschweig 20 Prozent nebst Linz.

Altensteig, 9. Mai. Gemeinderat. Die Kreispolizeiverbindungen Altensteig Stimmereid und Altensteig-Dornstetten sollen im Sommerfahrplan verbessert werden. — Der am 30. April stattgehabene Holzpostenlauf von 700 km. wird, obwohl die Gefahr nicht bedrohlich, mit Rücksicht auf den Geldbedarf der Stadt genehmigt. — Die Versteigerung der Friedhöfe ist noch nicht spruchreif und es wird beschlossen, als Steueranteil des Meist 25% der Grundmiete in Anrechnung zu bringen. — Die Besätze der nicht genossenschaftlichen händischen Beamten wurden ab 1. April um 20% erhöht.

Altensteig, 9. Mai. Beerichtigung. Die Beerichtigung von Polizeimeister Fr. Henker fand unter zahlreicher Beteiligung seitens des Turnvereins, von Vereinstagelassen des Entschlossenen, sowie Sachstand und Ausschuss des Gewerbevereins statt. Mit Polizeimeister Henker Sr. ist ein ruhiger, solider und überaus tüchtiger Geschäftsmann unseres Städtchens dahingegangen, der allerseits große Verehrung genoss.

Waldenbuch, Sitzung des Gemeinderats vom 16. April 1924. Der Berechnung der Pachtzins für städtische Grundstücke wurde im letzten Jahr der Wert von 4 Zentner neu für je 20 A Grundsteuerkapital zu Grunde gelegt. Nachdem nunmehr wieder letzte Geldverhältnisse eingetreten sind, andererseits der Preis für den sehr schwandend ist, wurde beschlossen, für 1924 diese Berechnungsweise zu verlassen und wurde der Pachtzins für jedes einzelne Pachtgrundstück von je 20 A festgesetzt. Als Pachtzins für 1924 sollen die Pachtzinsätze zum Eingang kommen, also für einzelne Personen mit nicht mehr als 2 Wohnräumen 5 A; für vollständige Haushaltungen 15 A jährlich usw. Die Besätze der Rinderhalter wurden mit Wirkung vom 1. Jan. 1924 auf 90% der Besätze nach Gruppe I Stufe 1 der Besatzungsordnung, neben freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung festgesetzt. Nachdem ab 1. Nov. 1923 Stadtpfleger Jeaner die Stelle als Darlehensstellenleiter abgegangen hat und letzter noch für die Stadtpflege beschäftigt ist, wird von diesem Zeitpunkt ab die dienstliche Verantwortung derselben von 80% auf 100% festgesetzt. Dem Antrag des Amtsdieners Gustav Dengler, ihn gesundheitsbedingt auf 1. Mai zu pensionieren, wird entsprochen. Dem Ortsoberversicherungsverein wurde als einmaliger Beitrag für 1922 um 1923 100 A bewilligt. Die Verteilung unter die Beschäftigten bleibt dem Verein überlassen. Der Postposten für 1924 wird auf 300 W. A jährlich, der Fischposten auf 240 W. A bzw. 30 W. A festgesetzt. — Sitzung vom 30. April 1924. Die hiesige Realschule wird von der hiesigen Stadtgemeinde zu unterhaltende pro vore Schule weitergeführt. Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat die Aufsicht und Beratung übernommen. Hinsichtlich Lehrpläne, Schulplan und Stundenverteilung sollen die gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung kommen. Von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen wurde Herr Studienoffizier Ulrich Reinhardt an die hiesige Schule berufen. Das Schulgeld wird entsprechend den staatlichen Sätzen erhoben. Die durch die Zurücksetzung des Amtsdieners Dengler freigewordene Stelle soll zunächst durch einen weiteren Schulmann wieder besetzt werden. Es soll jedoch vor der Wiederbesetzung der Stelle zunächst im Rathaus ein Wochstall eingebaut werden. Weiterhin werden 2 Kräftestellen eingebaut. Für die freiwillige Feuerwehr wird die Anschaffung von 3 Drogen Mägen für die Feuerwehrabteilung genehmigt. Dem Württ. Turnverein v. U. in Stuttgart wird ein einmaliger Beitrag von 25 A bewilligt. Der tariflich ab 21. April 1924 gültige Waldarbeitervertrag soll den Waldarbeitern schon vom Beginn der diesjährigen Kulturarbeiten ab bezahlt werden. Bei beiden Sitzungen bildeten Leiters Verwaltungsgeschäfte den Schluß.

Handelsnachrichten

Dollarmarkt. Berlin, 9. Mai. 42105 Doll. Mk. (am). London 1 Dollar 4.20. London 1 Pf. Sterl. 18.75. Amsterdam 1 Gulden 1.63. Zürich 1 Franken 0.772 Doll. Mk.

Der französische Franken kollerte 70 zu 1 Dfl. Sterl. und 14 zu 1 Dollar, abgleich der Wechselkurs der Bank von Frankreich sich um rund 92 Millionen Franken sich vermindert hat und die Vorläufe an den französischen Staat um 500 auf 22.500 Millionen gekürzt sind. Man glaubt, daß die Verhältnisse des Frankens auf keine Weise die französischen Industriellen zu begünstigen hat. Einige Pariser Wähler verabschiedeten sich, daß es den Ausschlag gemacht habe, um bei den französischen Wahlen Verwirrung zu stiften.

Der Berliner Geldmarkt zeigte am 9. Mai eine Erleichterung infolge, als tägliches Geld zu 4 vom Tausend an der Höhe reichlicher angeboten war. Monatsgeld 4-4.5 Prozent ohne Angebot.

Die Kohlenverfügung. Im Streik der Bergarbeiter sind mittels der Reichsbahnen und die Gas- und Elektrizitätswerke hinreichend mit Kohlen versehen. Und die allgemeine Versorgung sei für die nächste Zeit gesichert.

Keine Genehmigung der Kohlenpreise. In jüngeren Verhandlungen in Berlin über die Preisgestaltung für Kohlen wurde eine weitere Senkung bei dem gegenwärtigen Stand der Kohlenpreise, Höhe und Arbeitsleistungen der Vorkriegszeit die Höhe sein z. T. um 15 Prozent höher als 1913, wogegen die Leistung um 70-75 Prozent betrage. Die Lage werde als sehr ernst betrachtet. Bei den hohen Preisen werde es immer schwerer, sich gegen den englischen Wettbewerb zu behaupten. Der Reichstag möchte alle Pläne und Berechnungen prüfen. Deshalb müßte der Kampf um die Kohlenarbeit durchgeführt werden, die auf Grund vereinbarter und für verbindlich erklärter Schiedssprüche gesichert werde.

Deutsche Konzeption in der Türkei. Die dem „Berliner Tageblatt“ aus Konstantinopel gemeldet wird, daß die in Mittel-Ostdeutschland gelegene große russische Bergbau-Gesellschaft, die die Besitz der türkischen Regierung, auf Grund von Verhandlungen in den Besitz eines Konjunktions übergegangen, das sich aus den deutschen Reichsbank, der Deutschen Bank, dem Reichsbank und einer hier „Finanz Compagnie Succursale de Berlin“ genannten Gruppe zusammensetzt. Der Betrieb der Gruben übernimmt die Eisenbahngesellschaft. Es sind ferner noch türkische Kapitalien an der Wäre beteiligt. Dem türkischen Staat müsse 5 Millionen von den 6 Millionen Pfund des Gesellschaftskapitals in türkischen Lira sein. Der Vertrag ist nicht besonders günstig für die Gesellschaft, denn sie muß von dem Ertrag 3 Prozent an den Reichsbank und volle 6 Prozent an die Regierung abgeben.

Stuttgarter Edelmetallmarkt, 9. Mai. Platin 15.70, Gold 15.30, Silber 1.27, Kupfer 2.27 bzw. 2.84. Feinsilber 88 bzw. 89.50 k. Kg. Silber in Barren 1000 fein 88 bzw. 87.50

Wärkte

Wm, 9. Mai. Pflanzmarkt. Getreide 200 Pferde. Preise mittelwärmere jüngere Arbeitspferde 1500-2000 A, ältere 500 bis 800; Fohlen zweijährige 800-1200 A, jährige 500-800 A. Der Handel war lebhaft.

Waldenbuch, 9. Mai. Getreide. 200 Pferde. Preise mittelwärmere jüngere Arbeitspferde 1500-2000 A, ältere 500 bis 800; Fohlen zweijährige 800-1200 A, jährige 500-800 A. Der Handel war lebhaft.

Waldenbuch, 9. Mai. Getreide. 200 Pferde. Preise mittelwärmere jüngere Arbeitspferde 1500-2000 A, ältere 500 bis 800; Fohlen zweijährige 800-1200 A, jährige 500-800 A. Der Handel war lebhaft.

Waldenbuch, 9. Mai. Getreide. 200 Pferde. Preise mittelwärmere jüngere Arbeitspferde 1500-2000 A, ältere 500 bis 800; Fohlen zweijährige 800-1200 A, jährige 500-800 A. Der Handel war lebhaft.

Devisenkurse in Millionen

Berlin	8. Mai		9. Mai	
	Geld	Deut.	Geld	Deut.
Schilling	168.10	168.90	167.00	166.40
Polen	100 Fr.	21.94	22.06	21.94
Neuwagen	100 Kr.	58.85	59.15	59.15
Dänemark	100 Kr.	71.82	72.18	72.08
Schweden	100 Kr.	111.47	112.03	111.47
Italien	100 Lira	19.06	19.15	18.95
London	1 Dfl. Sterl.	18.455	18.545	18.435
Newyork	1 Dollar	4.19	4.21	4.19
Paris	100 Fr.	27.13	27.27	26.54
Schweiz	100 Fr.	74.91	75.29	74.71
Spanien	100 Pejos	68.45	68.75	68.10
D. Decker	100 000 Kr.	5.98	6.02	5.98
Prag	100 Kr.	12.46	12.54	12.46
Ungarn	100 000 Kr.	4.84	4.88	4.82
Argentinien	1 Peso	1.285	1.295	1.285
Chile	1 Pes.	1.675	1.685	1.675
Osaka	100 D. Gulb.	73.81	74.19	73.81

Sport und Spiel.

Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr findet auf dem Räderplatz in Degerloch ein Freundschaftsspiel zwischen Stuttgarter Rädern und Eintracht Frankfurt, dem langjährigen Gegner des Räderclubs, statt. — In Zürich findet das letzte Reichsfußballturnier um die süddeutsche Meisterschaft zwischen Spielvereinigungen Zürich u. Borussia Neunkirchen statt. — D. F. B. Stuttgart spielt gegen Karlsruhe Fußballverein auf dem D. F. B. Platz im Entscheidungsspiel um den Aufstieg zur Bezirksliga.

Automobil und Radfahrersport.

Der Empfang der Reichlichen Bergedelfahrer findet am Samstag vormittag 10 1/2 Uhr in Stuttgart statt. — Sondersberg nach Mannheim und Heidelberg anlässlich der großen Mannheimer Frühjahrsspektakel. Stuttgart ab 6.45 vorm., Mannheim an 9.35; Rückfahrt; Mannheim ab 8.10 abends Stuttgart an 11.25. Preis 6.40 A.

Das Wetter

Die Depressen im Westen hat sich noch offen angekündigt. In Süddeutschland steigt das Barometer, doch kann kein festes Wetter noch nicht in Aussicht genommen werden. Für Sonntag und Montag ist deshalb, wenn auch vorwiegend trocken, je doch noch zeitweise bedecktes Wetter zu erwarten.

